

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2008-01-14

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion DIE LINKE
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

01922/2008

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Kommunal- Kombi für Arbeitslose in der Landeshauptstadt Schwerin nutzen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, um in Schwerin zusätzlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Empfängerrinnen und Empfänger von ALG II über das Bundesprogramm „Kommunal- Kombi“ zu schaffen.

Dazu sind:

1. die im öffentlichen Interesse liegenden zusätzlichen Arbeiten zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben in Schwerin zu definieren,
2. die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Kofinanzierung durch die Landeshauptstadt zu sichern. Dazu gehört auch, sich bei der Landesregierung für eine Mitfinanzierung der zu schaffenden Arbeitsplätze einzusetzen.
3. der Stadtvertretung bis zum 01. März 2008 alle Informationen in einem Bericht vorzulegen

Das Ziel ist es, die für Schwerin möglichen zusätzlichen Arbeitsplätze für 2008/2009 zu schaffen und das entsprechende Kontingent bis zum 30. September 2009 auszuschöpfen.

Begründung

Das Bundesprogramm „Kommunal- Kombi“ ermöglicht es den Kommunen mit über 15 Prozent Arbeitslosigkeit zusätzlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für ALG II-Empfängerrinnen und Empfänger für bis zu drei Jahren zu schaffen. Diese Arbeitsplätze sollen für zusätzliche Arbeiten, die im öffentlichen Interesse der Stadt liegen und zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben dienen, eingerichtet werden.

Diese Arbeitsplätze können vom Bund mit 500 € im Monat (50 % des Bruttoarbeitsentgeltes, bei über 50- jährigen 600 €) sowie 200 € aus Bund- ESF- Mittel gefördert werden. Die Kommune muss pro Arbeitsplatz bis zu 300 € Eigenanteil aufbringen. Es liegt im Interesse der Stadt, betroffenen arbeitslosen Männern und Frauen eine Perspektive für öffentlich- geförderte Beschäftigung zu bieten und gleichzeitig kommunale Aufgaben besser erfüllen zu können.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender